

Nach seit Jahren bemüht, mit aller Kraft die schweren Bedingungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Zweitens werde dieser Gewalt zum Schaden des französischen Volkes und seiner Verbündeten die Reparationsfähigkeit Deutschlands völlig vernichtet. Neuer Doh und neue Erbitterung würden gesät. Die schon jetzt schwere Wohnungsnot des Ruhrgebietes würde durch den Einmarsch vieler Tausender Soldaten unerträglich werden. Unter diesem Verfall schloß der Minister, daß Deutschland der Gewalt und der Willkür nur Recht und Gerechtigkeit entgegenstellen könne, die aber dauernder als Gewalt und Willkür sein würden.

Die Verlegung des Kohlenhandels.

Zu der Verlegung des Kohlenhandels von Essen nach Hamburg wird aus Kreisen des Kohlenhandels mitgeteilt: Das Rheinisch-Westfälische Kohlenhandelsverleihe am 9. Januar seien sich von Essen nach Hamburg. Die Verwaltung wird, soweit sie in Essen bleibt, nach Anweisungen von Hamburg weitergeführt. Wegen der am 20. Januar beschlossenen Verlegung wurde die Durchführung des Beschlusses beschleunigt. Noch nichts verlehren vier Direktoren und die Mehrzahl der Angestellten Essen. Weiter wurde die Geschäftstätigkeit in Hamburg aufgenommen. Es ist Vorfrage getroffen, daß Uebergangsschwierigkeiten für die Kohlenversorgung möglichst nicht entstehen.

Langsargen im Memelland von Litauern besetzt.

Wie die „Memelländische Rundschau“ meldet, ist gestern vormittag der Grenzort Langsargen im Südostteil des Memellandes von Litauern besetzt worden. Es ist bis zur Stunde allerdings noch nicht festgestellt, ob es sich um reguläre Truppen oder um Banden handelt. Die telefonische Verbindung mit Langsargen ist seit etwa 11 Uhr unterbrochen. Auf eine Anfrage beim Oberkommissariat erlaubte die Memelländische Rundschau, daß der Oberkommissar der memelländischen Bevölkerung den Schutz der französischen Besatzung zugesichert hat. Etwas Ähnliches lag noch nicht vor.

Wie das „Memeler Dampfboot“ meldet, hat der Oberkommissar Petz als Vertreter der alliierten Mächte folgenden Antrag erlassen:

Einwohner des Memelgebietes! Eine große Anzahl von Freischärlern ist in die Grenzstation Langsargen eingedrungen. Als Vertreter der alliierten Mächte werde ich mich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln der Verlegung des Gebietes widersetzen. Ich erlaube die Bevölkerung, Ruhe zu bewahren und ihren Geschäften und ihrer Arbeit nachzugehen. Den mit von den alliierten Mächten anvertrauten Posten werde ich nicht verlassen.

Wie weiter berichtet wird, ist auch die Grenzstation Vajohren nördlich von Memel von den Litauern besetzt worden. Ferner verlautet, daß reguläre litauische Truppen bei Gailischen, östlich von Vajohren, über die Grenze getreten sind und südlich in Richtung Memel vordringen.

Wie in Sonderdruck bekannt wird, sind im südlichen Teil des Memellandes auch die Orte Vistubünen und Vaggen am nördlichen Memelufer von den Litauern besetzt worden. Die memelländische Schutzpolizei ist zum Teil entzweit worden. Von Norden her sehen die Litauern ihren Vormarsch auf Memel fort. Die Franzosen haben sich um Memel verhalten. Wie das „Memeler Dampfboot“ meldet, haben die litauischen Freischärler Hebermeier in der Gegend von Tiltit besetzt. Andere Abteilungen haben 10 Kilometer südlich von Heydekrug. Im Norden stehen die Litauern vor Kollaten.

Die Lohnerhöhungen der Bergarbeiter.

Nach dem Schiedsspruch über die Löhne im Ruhrkohlenbergbau wurden in Schlichtungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium am 9. und 10. Januar auch die Löhne der Arbeiter in den übrigen deutschen Stein- und Braunkohlenrevieren teils durch Schiedsspruch teils durch Vereinbarung geregelt. Die Lohnhöhe hält sich, abgesehen vom Kölner Revier, dessen Lohnsätze nach altem Verkommen denen im Ruhrrevier entsprechen, unter den Löhnen des Ruhrgebietes.

Die Beamtenbezüge im Januar.

Im Reichsfinanzministerium sind gestern die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen über eine Angleichung der Bezüge der Beamten und Angestellten der Reichsbehörden an die Tarifverhältnisse dahin zum Abschluß gelangt, daß eine Erhöhung der Gesamtbezüge im Monatsdurchschnitt des Jahres von etwa 30 Prozent stattfinden soll. Das Reichskabinett und die gesetzgebenden Körperschaften werden beschleunigt hierzu Stellung nehmen. Das Reichskabinett stimmt gestern der Vorlage über die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Angestellten der Reichsbehörden gemäß dem Ergebnis der Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen zu.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.
Die Abfindung des bayerischen Königshauses. Die bayerische Regierung läßt nach dreijährigen Vorarbeiten den Landtagsfraktionen den Entwurf eines Gesetzes zur Abfindung des bayerischen Königshauses zugehen. Neben dem Inhalt des Entwurfs wird bis zur Entscheidung innerhalb der Fraktionen Stillschweigen beobachtet.
Die Zwischenfälle mit Italienern in München. Amtlich wird aus München gemeldet: Die Nachricht der italienischen Presse, daß die bei dem Zusammenstoß mit dem italienischen Major Canilla beteiligte Dame in dem eingeleiteten Strafverfahren das Zeugnis verweigerte mit der Begründung, es handle sich bei dem Täter um eine hochgestellte politische Persönlichkeit, ist unwahr. — Aus Nürnberg wird gemeldet: Bürgermeister Dr. Luppe richtete an die Bevölkerung die Mahnung, die Ruhe zu bewahren und alles Trennende beiseite zu stellen. Es sei nicht zu billigen, wenn, wie dieser Tage, ein Angestellter des französischen Konsulats beschimpft und belästigt werde.

Vertikales und Sächsisches.

Mies, den 11. Januar 1923.
— Übermäßige Erhöhung der Personentaxen um 100 Prozent. Der künftige Ausschuss des Reichsbahnrates trat gestern vormittag unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Stieler zusammen, um zu der allgemeinen Tarifpolitik der Reichsbahn und besonders zu den am 1. Januar d. J. eingeführten Tarifserhöhungen und Verringerungen im Schema und in der Güterverteilung Stellung zu nehmen. Unbeschadet der besonderen Wünsche einzelner Wirtschaftsgruppen und Wirtschaftsprüfer, billigte der Ausschuss einseitig die Politik der Reichsbahn, die zum Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen eine schnelle Anhebung der Tarife an die fortschreitende Wertentwertung fordert, wobei die wirtschaftlichen Interessen, soweit eben möglich, durch Spezialtarife des Tarifs berücksichtigt und gesichert werden sollen. Dagegen in Hand hiermit sollen Erparnisse auf der Ausgabe Seite durch Verringerung der persönlichen und sachlichen Ausgaben und Steigerung der Arbeitsintensität. Der Ausschuss erkannte

Heutiger DeMarkkurs (amtlich): 10 428 Mark.

Einmündig die Notwendigkeit an, den Verlehnungsverleihe entsprechend seinen Selbstkosten in Zukunft härter vorzunehmen. Mit allen gegen zwei Stimmen wurde die Notwendigkeit der Erhöhung der Personentaxen am 1. Februar d. J. um 100 Prozent anerkannt.
— Ministerpräsident Breda in Kiel. Ministerpräsident Breda hat sich nach Kiel begeben, um an der Probefahrt des neuerbauten Dampfers „Königin“ von Kiel nach Hamburg teilzunehmen.

Neue Landtagsvorlagen. Ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1922 wird diese Steuer in Höhe von 300 Prozent erhöhen lassen. — Ein Gesetzentwurf über die Angliederung bestimmt, daß die Bezirksverbände und bezirksfreien Gemeinden für jedes in ihrem Bezirke gebotene Jagdgebiet eine Jagdsteuer erheben, die für ein Pferd 1500 Mark, für jedes andere Jagdtier 2000 Mark betragen soll. Der Steuerertrag muß für Zwecke des Bundes und der Unterhaltung öffentlicher Wege Verwendung finden. Die Steuerhöhen können bis auf das Doppelte erhöht werden. — Ein weiterer Gesetzentwurf empfielt eine Erhöhung der Grundsteuer.

Der neue Bezirksrat für Dresden I. Das Dresdner sozialdemokratische Organ bekämpft die seinerzeit demittierte Nachricht von der Ernennung des sozialistischen Landtagsabgeordneten Lehrers Krat zum Bezirksrat für Dresden-Stadt. Das Blatt sagt hierzu: Krat kommt an die Stelle des früheren Schulrates Dr. Priegel, der dreimal verurteilt hat, durch ein Disziplinarverfahren Krat aus dem Lehrstande herauszubringen. Das erste Disziplinarverfahren wurde gegen Krat eingeleitet wegen Verstoßes sozialdemokratischer Versammlungen, das zweite wegen Verleumdung des damaligen Kultusministers Dr. Veit und das dritte wegen der Äußerung auf die Augustana (das Bekenntnis für die evangelische Kirche).

Die „grüne“ Polizei wird blau. Bekanntlich hat die interalliierte Kommission Anstoß an dem grünen Rock der Landespolicenbeamten genommen, der nach ihrer Ansicht aufseher an den verstorbenen seldgrünen Rock erinnert. Dem Verlangen der Entente nachkommend, soll die grüne Polizei neue Dienstkleidung erhalten. Im Schnitt sieht sich die neue Uniform wenig von der heutigen unterschieden, das Grundrot soll blau matter sein, der Kragen an seinem Schluß einen Spiegel von hellblauem Tuch erhalten, auf dem die Dienstabzeichen angebracht werden sollen. Die Schultergepäckstücke sollen wegfallen. Der Mantel soll ebenfalls blau und zweifelhafte sein, der Kragen aus etwas hellere Stoff. Zum Mantel tritt ein imprägnierter Umhang, Mütze blau, Besatzstück hellblau, Hufe schwarz. Kleine Abwechslungen können natürlich noch eintreten. Die Stiefel- und Samanhakenfrage ist noch nicht gelöst. Fraglich ist auch, wann die Umänderung überhaupt vorgenommen werden kann, da sie ja mit ganz bedeutenden Kosten verknüpft ist und Deutschland bekanntlich immer tiefer ins finanzielle Elend gerät.

Vom Landtage. Dem Landtage ist ein Gesetzentwurf über eine Altersgrenze und über die Pensionierung der Beamten und Lehrer zugegangen. Danach sollen die Staatsdiener mit Ausnahme der Richter und der Professoren an den wissenschaftlichen Hochschulen, ferner die Beamten der Universität und endlich diejenigen Lehrer, deren Anspruch auf Ruhegehalt landesgesetzlich geregelt ist, mit dem Schluß des Kalenderjahres, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden, mit Anspruch auf Ruhegehalt in den Ruhestand treten. Auf Antrag des zuständigen Ministeriums kann das Beamtenministerium für einen einzelnen Staatsdiener oder Lehrer die Wirkung dieser Bestimmung aufheben, und zwar auf längstens sechs Monate, wenn sich aus der Bestimmung für die Verwaltung besondere Schwierigkeiten ergeben, und auf einen längeren Zeitraum, wenn das Staatswohl die Fortführung der Dienstgeschäfte durch den Staatsdiener oder Lehrer dringend erfordert. — Gegen die Befreiung des 8. und 9. und 10. Tages wendet sich folgender Antrag der Kommunisten an den Landtag: „Die Regierung erhält den Auftrag, sich mit aller Entschiedenheit gegen die grundsätzliche Befreiung des Achtstundentages durch das Arbeitsgesetz zu wenden. Der Vertreter Sachens im Reichsrat hat den Auftrag, gegen die vom Reichsarbeitsrat beschlossene Arbeitszeitverlängerung der Bauarbeiter auf 9 Stunden Protest einzulegen und dagegen zu stimmen. Die sächsische Regierung muß die Erklärung abgeben, daß sie auch gegen eine vorübergehende Befreiung des Achtstundentages selbst dann, wenn sie vom Reichsrat beschlossen wird, in Sachsen mit allen Mitteln ankämpfen wird.“ — Die kommunistischen Abgeordneten haben folgende Anfrage an den Landtag gerichtet: „Wozu soll bei der sächsischen Regierung keine Ueberführung aus der Strafankalt Dresden nach der Strafanstalt Waldheim beantragt. Ist die Regierung gewillt, dem Antrag von Max Döls nachzugeben? Welche Gründe veranlassen die Regierung, bisher die Ueberführung nicht vorzunehmen?“

Vom Verband sächs. Tischlermeister wird uns folgendes geschrieben: In erschreckender Weise sind in der letzten Zeit die Holzpreise gestiegen, so ist z. B. das Ferkelholz im Jahre 1922 von 6000 M. im März auf 350 000 M. im Dezember, Fichte von 2800 M. auf 220 000 M. und Kiefer von 4000 M. auf 300 000 M. gestiegen. Diese Preise übersteigen bei weitem den Weltmarktpreis und betragen das über 10 000fache der Friedenspreise! Besonders, wenn unsere Holz einen neuen Wertabschlag erhält, werden die Preise, begünstigt durch das Zurückhalten des Holztes, unflink in die Höhe gedrängt. Diese enorme Preissteigerung legt aber schon ein bei den Holzaktionen, bei denen zum größten Teile der Staat und die Verbände die Anbieter sind. Diese Preisentwicklung ist von einer unheilvollen Auswirkung sowohl auf die Betriebe des Tischlerhandwerks, als auch auf die Verbraucherschaft begleitet. Die Tischlereibetriebe, die ihre eigenen Holzbestände durchweg zu billigen der Handarbeit in Rechnung gestellt haben, sind angesichts dieser Preisentwicklung einseitig nicht mehr in der Lage, die notwendigen Mittel anzubringen, da selbst zum Einkauf eines geringen Holzmenge Warenpreise gezahlt werden müssen und ein angemessener Kredit kaum noch erhältlich ist. Die Preisbildung des Holzes ist rein auf das Auslandsgeschäft eingestellt und nimmt auf die Kaufkraft der Inlandsverbraucher nicht die geringste Rücksicht mehr. Für die Handarbeit sind dadurch die denötigen Mittelstände unerschwinglich geworden. Ebenso droht auch die Wohnungsüberlastung infolge der ungeheuren Preissteigerung der Baumstoffe, insbesondere des Holzes, zum Erliegen zu kommen. Die Allgemeinheit ebensowohl wie die Holzverarbeitenden Tischlereibetriebe werden also gleichermaßen unter dieser ungesunden Entwicklung. Um der täglich sich kritischer gestaltenden Holzlage abzuwehren, sind Staat und Gemeinden als Waldbesitzer in erster Linie zum Eingreifen berufen, in der Richtung, daß sie Holz zu erdwingenden Preisen an die verarbeitenden Betriebe abgeben. Es muß hier unbedingt vom Staat verlangt werden, daß er die Holzpreise angemessen herabsetzt, sowohl um die Arbeitslosen für die Zukunft sicher zu stellen.

Die Arbeitnehmersammern. In einer Zusammenkunft der sächsischen Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes verhandelte der Vorsitzende Tempel, a. a. über den Arbeitnehmermerkmale der Wirtschaftsmittel. Festlich sagte darüber nach einem Berichte der „Dresdner Volkszeitung“: „Artikel 165

der Reichsverfassung verbietet Verzicht in den unteren Instanzen; erst in den Reichsinstanzen soll Verzicht eintreten. Aber diese Fälle kommen nicht zuhande, statt dessen fast der Reichsgerichtspräsident selbst, dessen Unternehmlichkeit unflink, weil unverständliche und unübersichtliche, jedenfalls arbeiterfeindliche Beschlüsse, um bewußt und gewollt die Arbeiterklasse nicht vorwärts zu bringen. Darum ist verständig das einzig mögliche: Arbeiterkammern und Reformierung der Unternehmerkammern.“ — Auch Arbeitsminister Rißau sprach in ähnlichem Sinne. Die Worte sind deshalb wichtig, weil sie den Grund der Einbringung des sächsischen Entwurfes angeben. Es wird, so bemerkt hierzu der „Dresdner Anzeiger“, an dem betreffenden Unterausschuss des Reichsgerichtspräsidenten liegen, zu zeigen, daß die Forderungen des sächsischen Ministers nicht zutreffen.

Forderungen der Zeit. Das nunmehr bedingte Winterjahr hat in vielfacher Hinsicht nicht befreit. Am besten haben die Bodenschätze abgemessen. Wenn auch manches Kartoffelfeld verlagert hat, so können wir doch mit einer auf 40 Millionen Tonnen geschätzten Kartoffelernte zufrieden sein. Auch Zucker- und Futterernte haben gute Erträge gebracht. Dagegen ist die Getreidernte gering, infolgedessen Brotgetreide, Stroh, Heu und auch das Getreide. Die Aussichten hinsichtlich der Volksernährung sind daher keine guten. Die immer schwieriger werdende Zubereitung von Brotgetreide und zweifelhafte Kraftfutter legt der Landwirtschaft eine unbedingte Pflicht auf, die landwirtschaftliche Erzeugung mit allen sich nach rentierenden Mitteln zu steigern. Bodenbearbeitung, Düngung, Saat- und Fruchtfolge, Futtererzeugung auf Feld und Wiese, Fütterung der Haustiere u. a. erfordern gründliche Beachtung, soll der Betrieb mehr als bisher leisten. Die Wirtschaftsberatungskommission des Landesbundesrates ist dazu berufen, den Landwirten, die an die Erhaltung ihres Betriebes ernstlich interessiert sind, unentgeltlich beratend zur Seite zu stehen. Es darf erwartet werden, daß recht viele Landwirte die Hilfe der Wirtschaftsberatungskommission des Landesbundesrates in Anspruch nehmen.

Das amtliche Wahlergebnis. Bereits zwei Monate nach der sächsischen Landtagswahl werden jetzt die amtlichen statistischen Zahlen darüber bekanntgegeben. Danach gab es, wie wir dem „Dresdner Anz.“ entnehmen, 3116 772 Wahlberechtigte, davon in den Städten 1 913 020. Ungültig waren 11 386 Stimmen. Es gab 567 797 Nichtwähler. Daraus ergibt sich eine Wahlbeteiligung von durchschnittlich 81,87 v. H. gegen 69,98 v. H. bei der vorletzten Wahl. Stadt und Land haben gleichmäßig gemählt: in den Städten genau 81,67 v. H., auf dem Lande 81,68 v. H. 1920 ist der Unterschied größer gewesen, denn damals haben in den Städten 69,76, auf dem Lande aber 70,20 v. H. gemählt (aufsummen 69,98 v. H.). Von den abgegebenen gültigen Stimmen erhielten die Deutschnationalen in den Städten 238 358, den Landgemeinden 245 698, und zusammen 484 056, im Jahre 1920, in den Städten 206 653, den Landgemeinden 227 840 und zusammen 434 493, die Deutsche Volkspartei erhielt 277 368 + 108 442 = 474 267 (gegen 277 368 + 108 442 = 385 810); Demokraten 147 872 + 66 318 = 214 190 (gegen 113 040 + 46 761 = 159 801); Zentrum 15 045 + 7 681 = 22 726 (gegen 12 473 + 10 258 = 22 731); Wirtschaftspartei 8 001 + 2 136 = 10 137 (gegen 7 810 + 2 914 = 10 724); Deutschnationale Partei 8 831 + 2 527 = 11 358; Vereinigte Sozialdemokraten 8 248 + 486 163 = 1 080 249 (gegen 485 784 + 388 720 = 874 504 (SWD. und USW. rechts); Kommunisten 166 310 + 101 390 = 267 700 (gegen 105 324 + 72 146 = 177 470 (SWD. links und Kommunisten)). Verluste an Stimmen hatten also nur die Wirtschaftspartei und das Zentrum. Alle anderen Parteien haben an Stimmen gewonnen. Im Vergleich zur stärkeren Wahlbeteiligung hat aber auch die Deutschnationale Volkspartei einen Rückgang zu verzeichnen.

Beinhörla. Ein hier in Arbeit stehender junger Mann verstarb unerwartet sein Gebi. Auf ärztlichen Rat wurde er an das sächsische Krankenhaus Weichen verbracht, wo man versuchen wird, das in der Speiseröhre mit seinen Klammern festes gebildene Gebil auf operativem Wege zu entfernen.

Dölschen. Am Mittwoch wurde in früher Morgenröte auf dem Wege zwischen dem Fochhöb und Niederpeffermühl die bei den Eltern in Fochhöb wohnhafte 21 Jahre alte Arbeiterin Sch., als sie sich nach ihrer Arbeitsstelle begeben wollte, von einem unbekanntem, etwa 25 Jahre alten Manne angehalten und mit einem harten Gegenstand so heftig auf den Hinterkopf geschlagen, daß sie bewußtlos zusammenfiel. In diesem Zustand fand sie ihr Vater, als er zur Arbeit ging, auf. Die Fahndung nach dem Täter ist sofort von der Polizei aufgenommen worden. Vermutlich handelt es sich um einen Raubakt und um eine Verwundung.

Baugen. Die Werbesteller von Mittel und Umgebung haben beschlossen: Ab 1. Januar soll das Fuhrgeld in Natura umgewandelt werden. Für ameispannige Fuhrten sind für die Stunde 10 Pfund Fuhrer, für einspannige Fuhrten 6 Pfund, mit Mindestberechnung von 3 Stunden, zu zahlen, von und nach dem Bahnhof 2 Pfund Fuhrer pro Fuhrer, von und nach Baugen 5 Pfund Fuhrer pro Fuhrer. Wenn die Fuhrten in bar verrechnet werden, wird der Fuhrer nach Tagespreisen berechnet.

Baugen. In einer diesigen Zeitung steht folgende jetztgemähe Angelei: „Wichtig! Sorgenfreies Leben bietet sich älterem Herrn oder älterer Dame, welche ein junges gut situiertes Ehepaar möhliert unterbringen oder demselben ein oder zwei leere Zimmer abtreten. Habe einem solch edelbedenkenden Menschen die volle und ganze Wohnungsmiete an den Hauswirt und komme für dessen handesgemähe Lebensunterhaltung auf. Zahle eine Prämie von 100 000 Mark am Tage des Zustandekommens eines Vertrages. Hl. Angebote unter...“ (Was kann man mehr verlangen? Mehr als ein sorgenfreies Leben doch gewiß nicht! Es sollte uns nicht wundern, wenn nun in Baugen alles drunter und drüber geht und jede Zimmervermieterin und jeder Hauswirt mit allen Mitteln danach trachtet, einen seiner jetzigen Mieter kurzerhand auf die Straße zu werfen, um sich in den Besitz der „handesgemähen Lebenshaltung“ zu setzen. Wenn das nun nicht noch Wurd und Ertlichkeit gibt, ehe einer fingen kann „Ein sorgenfreies Leben führen wir...“)

Freiberg. Am Montag nachmittag fand vor dem hiesigen Rathaus eine Erwerbslosen demonstration statt. Anlaß zur Demonstration, die allem Anschein nach von kommunistischer Seite angeregt war, hatte die polizeiliche Beschlagnahme von 51 000 Mark und einem Posten Vieh, die von Freiburger Erwerbslosen bei Requisitionen auf das Land erlangt worden waren, bei einem Witzspiele des Erwerbslosenrates. Eine Abordnung der Demonstranten wurde im Rathaus empfangen. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß die Erwerbslosen sich verpflichteten, in Zukunft Requisitionen auf das Land zu unterlassen. Die Beschlagnahme der 51 000 Mark wird aufgehoben unter der Bedingung, daß die Summe wie das Vieh an Erwerbslose zur Verteilung gelangt.

Chemnitz. Ein 21-jähriger Bauarbeiter aus Chemnitz und ein 28-jähriger Holzproduktenhändler aus Chemnitz wurden als diebstahlverdächtig, die in der Nacht zum 5. Dezember aus der hiesigen katholischen St. Josephskirche gestohlenen Werte von 500 000 Mark gestohlen hatten. Chemnitz. Am Dienstag ist der 28 Jahre alte verheiratete Hangerler Max Wlad Schuber von hier auf dem Hangerbahndamm in Silberdorf zwischen die Räder zweier Wagen gekommen und hat schwere Brustverletzungen erlitten, die seinen sofortigen Tod herbeiführten.